

- 4 Internationaler Sozialistenkongreß. Zürich 1893. Anträge und Resolutionen. No. 1–11, Zürich 1893, S. 21.
- 5 Siehe Jutta Seidel: Deutsche Sozialdemokratie und Parti ouvrier 1876–1889. Politische Beziehungen und theoretische Zusammenarbeit, Berlin 1982, S. 186.
- 6 Siehe ebenda, S. 140ff. — Die Geschichte der Zweiten Internationale, Bd. 1, Moskau 1983, S. 237ff. — Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie, Bd. 2, Moskau 1981, S. 288ff.
- 7 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 21, S. 512–545.
- 8 Engels an Paul Lafargue, 30. April 1889. In: MEW, Bd. 37, S. 190.
- 9 Siehe Jutta Seidel: Deutsche Sozialdemokratie ..., S. 181 f.
- 10 Marx an Wilhelm Bracke, 5. Mai 1875. In: MEW, Bd. 19, S. 14.

Frank Skorsetz

Die Abrüstungskonzeption Friedrich Engels' und ihre Wirkungsgeschichte

Die um 1885 einsetzende Verschlechterung der internationalen Beziehungen zwischen den europäischen Großmächten stellte Engels vor komplizierte Aufgaben. Als „Ratgeber“ der internationalen Arbeiterbewegung mußte er die Politik der wichtigsten Staaten Europas analysieren und gleichzeitig darüber nachdenken, wie der Prozeß des Wachstums und der Stärkung der Arbeiterbewegung garantiert werden kann. Diese Aufgabenstellung berührte sehr eng Engels' Prognosetätigkeit in den achtziger und neunziger Jahren. Seine Voraussagen sind nur vor dem Hintergrund seiner neu aufgenommenen militärischen Studien, auf die er am 7. Februar 1888 Paul Lafargue hinweist¹, richtig einzuordnen. Für Engels wurde zunehmend der Kampf um Frieden zur ersten Hauptbedingung für den Kampf um den Sozialismus. Daher war für Engels die Gefahr eines nicht mehr zu lokalisierenden Krieges einer der Dreh- und Angelpunkte seiner Prognosen über den Zeitpunkt der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Seine Überlegung war: den drohenden Weltkrieg verhindern, dann ist der Sieg der Arbeiterklasse in absehbarer Zeit zu erwarten. Wenn die Verhinderung des Krieges nicht gelingen sollte, bestand die Gefahr des Zurückwerfens der Arbeiterbewegung bis zur Zeit um 1850. Gleichzeitig war Engels der Meinung, daß die Gefahr eines Weltkrieges noch die einzige Friedensgarantie sei, „... denn er ist unberechenbar und wächst selbst der preußischen und russischen Armee über den Kopf. Und darin liegt für mich noch die einzige Garantie für den Frieden, die wir haben.“²

Die folgenden Jahre waren politisch vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die Gefahr eines Weltkrieges sich weiter verschärfte und die gegensätzlichen Bündnis-systeme sich weiter festigten. Dabei spielte für Engels das zaristische Rußland die Hauptrolle. Ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, sei an dieser Stelle festgestellt, daß für Engels die Wahrnehmung der „Schiedsrichterrolle“ Rußlands, die es seit 1870/71 innehatte, der wichtigste Faktor war für die Bestimmung des Grades der Kriegsgefahr. In diese Überlegungen ordnet sich auch die Weiterentwicklung der politischen Anschauungen von Engels und damit des Marxismus ein.

War er 1887 der Meinung, die Großmächte wollen keinen Krieg, so schreibt er am 23. Januar 1890 an August Bebel: „Wenn kein unvorhergesehener Zwischenfall kommt, scheint der Friede für dies Jahr gesichert — dank dem riesigen Fortschritt der

Technik, der jedes neue Gewehr, jede neue Pulversorte etc. bereits wieder außer Kurs setzt, ehe sie auch nur bei *einer* Armee haben eingeführt werden können; und dank der allgemeinen Angst vor diesen jetzt zu entfesselnden enormen Menschenmassen und Zerstörungskräften, von denen kein Mensch sagen kann, wie sie in der Praxis wirken werden“.³ Gleichzeitig sah Engels die politische Labilität der Allianz Rußland–Frankreich als eine wichtige Friedensgarantie an. Die Bedeutung der politischen Verhältnisse Rußlands ist auch klar aus dem Briefwechsel Bebel–Engels in den Jahren 1891/1892 ersichtlich. Für Engels wurde in diesen Jahren die Kriegsgefahr in erster Linie durch die einsetzende Hungersnot in Rußland gemindert, während für Bebel dies ein Zeichen für eine Verschärfung der Kriegsgefahr darstellte. Einen deutlichen Vergleich beider Auffassungen bieten die Bebel-Artikel im Vorwärts vom 27. September 1891 (Die russische Anleihe)⁴ und der Brief Engels’ an Bebel vom 29. September 1891 bis 1. Oktober 1891⁵. Der Grundtenor dieses Briefes, daß aufgrund der Hungersnot die zaristische Kriegshetzerei auf eine Reihe von Jahren lahmgelegt sei, ist auch einer der wichtigsten Gesichtspunkte der Arbeit „Der Sozialismus in Deutschland“.⁶ Auf der Basis der Anfang der 90er Jahre beseitigten akutesten Kriegsgefahr trat bei Engels die Frage in den Mittelpunkt: Welche Maßnahmen sind notwendig, um die Kriegsgefahr weiter einzuschränken? Auch diese Frage war letztendlich dem Ziel untergeordnet, näher an die sozialistische Revolution heranzukommen. Neben der bedeutsamen außenpolitischen Komponente dieser Frage war es auch notwendig, dem sich verstärkenden deutschen Militarismus eine wirksame Alternative gegenüberzustellen. „Fortgang und Verstärkung des antimilitaristischen Kampfes verlangten ... immer dringlicher die Entwicklung sozialdemokratischer Alternativvorstellungen zum Militärstaat und damit ein tieferes Erfassen der Dialektik des Kampfes um Demokratie und um Sozialismus.“⁷ Diese komplizierte Fragestellung sehend, wandte sich August Bebel an Friedrich Engels mit der Bitte um eine „Lektion“, um zur drohenden Militärvorlage allseitig Stellung nehmen zu können. Bereits Anfang März 1893 wurde diese sozialdemokratische Militärvorlage, wie sie Engels lieber genannt hätte, im „Vorwärts!“ veröffentlicht.⁸ Allein die Meinung von Engels, diese Artikelfolge sozialdemokratische Militärvorlage zu nennen, macht auf ein neues Problem sozialdemokratischer Parlamentsarbeit aufmerksam. Die neu entstandenen Widersprüche zwischen Teilen der Bourgeoisie stellten die sozialdemokratischen Abgeordneten vor die Aufgabe, Differenzen zwischen einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie auszunutzen und sie für die parlamentarische Arbeit der Sozialdemokratie auszunutzen. Mit dieser Arbeit begründete Engels einen neuen Abschnitt marxistischer Militärpolitik. Bestimmend als Ausgangspunkt für den Engelsschen Abrüstungsvorschlag war dabei, daß der Gegensatz Frankreich–Deutschland der entscheidende in Europa war. Daher kam auch der Regelung des Verhältnisses Frankreich–Deutschland in dem Engelsschen Plan die größte Bedeutung zu. In dem Nachweis, daß beide Länder einen militärischen Angriff der Gegenseite nicht zu

fürchten brauchen, stellte er die Frage: Was hindert sie an der schrittweisen Abrüstung? Damit entwickelte Engels zum erstenmal die Vorstellung zur schrittweisen Abrüstung mittels der Herabsetzung der Dienstzeit bei der Fahne. Dieser Vorschlag Engels’ hängt sehr eng mit der Aufgabe des Proletariats zusammen, das stehende Heer für den Bürgerkrieg unmöglich zu machen. An dieser Stelle wird der eingangs geschilderte Zusammenhang deutlich, den Militarismus zu bekämpfen, um damit näher an die sozialistische Revolution heranzukommen. Dieser Vorschlag stellte auch folgendes in Rechnung, wie es der „Vorwärts!“ am 24.9.1891 feststellte: „Diese zwei Staaten geeinigt und Rußland ist zur Machtlosigkeit und damit zur Aktionsunfähigkeit verurteilt.“⁹ Mit dieser Vorstellung, daß zuerst das Verhältnis Deutschland–Frankreich geklärt werden muß, stimmte Engels auch mit den führenden deutschen Sozialdemokraten überein. Damit wird gleichzeitig ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt des Engelsschen Planes zur Abrüstung aufgeworfen. In der Kenntnis, daß der Gegensatz Frankreich–Deutschland der entscheidende war in Europa, kam es in erster Linie darauf an, diesen als ersten zu lösen, um alle anderen klären zu können. Dieses wichtige marxistische Prinzip der Analyse des politischen Kräfteverhältnisses und die daraus abgeleiteten Aufgabenstellungen für das Proletariat wurden von Engels in der Arbeit „Kann Europa abrüsten?“ bis ins Detail ausgeführt. Mit diesem Vorschlag der schrittweisen Abrüstung wandte sich Engels auch gleichzeitig gegen Vorstellungen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kräfte, die für die totale Abrüstung nach dem Prinzip alles oder nichts eintraten, wie in einem Artikel im „Vorwärts!“ zum vierten Weltfriedenskongreß in Bern 1892 zum Ausdruck kam.¹⁰ Gleichzeitig grenzte er sich von Vorstellungen ab, die auch in der deutschen Arbeiterbewegung zum Charakter der anzustrebenden Miliz herrschten. Diese sollte in keiner Weise mit der schweizerischen verwandt sein oder diese kopieren. Im Gegenteil, Engels wollte eine Volksbewaffnung verwirklicht sehen mittels der allgemeinen Wehrpflicht, um das gesamte Proletariat im Waffengebrauch üben zu können. Diesem Ziel diente in letzter Konsequenz die anzustrebende Senkung der Dienstzeit nach dem Prinzip der gleichen Sicherheit durch alle beteiligten Staaten. Die Abrüstung nach dem Prinzip der gleichen Sicherheit war eine in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts neu entwickelte Seite marxistischer Militärpolitik, die den entstandenen Veränderungen im militärtechnischen und -politischen Bereich Rechnung trug und zeigte, wie weit Engels in die Dialektik des Kampfes um Demokratie und Sozialismus eingedrungen war. Für die Wirkungsgeschichte dieser Arbeit ist es daher um so bedeutungsvoller, daß die deutsche Sozialdemokratie, namentlich Bebel, Engels’ Ansichten nicht im Deutschen Reichstag bei der Beratung zur Militärvorlage verwenden wollte. „Mit Deinem Militärplan können wir unmöglich operieren“, schrieb Bebel, „wir können uns schon aus taktischen Gründen nicht auf den Boden der zweijährigen Dienstzeit, auf den sich die Freisinnigen und die anderen Parteien stellen, begeben.“¹¹ Warum kam Bebel zu dieser Reaktion, obwohl er den Vorschlag von Engels als einen

Weg betrachtete, den die Regierung gehen könnte, um zu halbwegs gesunden Zuständen auf militärischem Gebiet zu kommen?

1. In den Aussagen von Bebel kommt u. a. das ungenügende Verständnis in der Frage des Kampfes um Demokratie und Sozialismus zum Ausdruck.
2. Ein wichtiger Grund für die Reaktion von Bebel ist in der Entwicklung der SPD selbst zu sehen. Die Sorge um neue Auseinandersetzungen in der SPD mit den „Jungen“.
3. Die Befürchtungen Bebels um eine Wiederbelegung des Rechtsopportunisten.
4. Wie Manfred Weien in seiner Dissertation B richtig bemerkt, waren die marxistischen Kräfte nicht bereit, „... von den erprobten und bewährten Grundsätzen ihrer revolutionären Parlamentspolitik abzugehen. Das allein genügte allerdings nicht, denn es machten sich immer deutlicher eine Reihe von Entwicklungstendenzen bemerkbar, die nicht nur für die Strategie und Taktik der Partei generell, sondern auch für ihren parlamentarischen Kampf ernstliche Folgen haben mußte.“¹²

Obwohl in der marxistisch-leninistischen Literatur die Meinung vertreten wird, daß Inhalt und Bedeutung der Engelsschen Konzeption in der marxistischen Geschichtsschreibung ausführlich analysiert worden sind¹³, kann nicht gesagt werden, daß die Wirkungsgeschichte allseits erforscht ist. Dabei wird die Meinung vertreten, daß die deutsche Sozialdemokratie den Engelsschen Plan konsequent in der parlamentarischen Arbeit genutzt hat.¹⁴ Es muß aber festgestellt werden, daß August Bebel den Inhalt der Engelsschen Konzeption weniger nutzte als vielmehr nur die Arbeit als Arbeit von Engels verteidigte.¹⁵ Wilhelm Liebknecht sah auch nach 1893 die Schweizer Miliz als Vorbild für Deutschland an¹⁶, was aber Engels bekanntlich ausschloß. Kautsky setzte Engels von diesem ungenügenden Verständnis des Engelsschen Planes durch Liebknecht in Kenntnis. Leider gibt es darauf keine Antwort von Engels. Bei der Erforschung der Wirkungsgeschichte dieser Engelsschen Arbeit wird es in der Folgezeit darauf ankommen, differenzierter den Grad der Aufnahme des Engelsschen Planes durch die deutsche und internationale Sozialdemokratie zu bewerten, ähnlich wie es Horst Bartel für die Erforschung der gesamten Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in der ZfG 12/1985 forderte.¹⁸

In der bürgerlichen Literatur wird der Abrüstungsplan Engels' als Bestandteil seiner reformistischen Bestrebungen gewertet. Wolfram Wette kommt in seinem Buch „Kriegstheorien deutscher Sozialisten“, Stuttgart 1971, zu der Meinung, daß Engels das kriegerische Wesen des Marxismus in seinen letzten Lebensjahren geändert und daraus eine Reformbewegung entwickelt hat, deren Hauptaufgabe die parlamentarische Arbeit ist.¹⁹ Ähnlich äußert sich Friedhelm Boll in „Frieden ohne Revolution“, Bonn 1980, der Engels vorwirft, er habe die Sozialdemokraten auf einen Reformweg geführt.²⁰ Die Ausgangsüberlegung für Engels war, daß die stehenden Heere dieser Zeit nach wie vor Instrumente der herrschenden Klasse waren. In seinem Abrü-

stungsplan ging er stillschweigend davon aus, daß eine kürzere Dienstzeit es den herrschenden Kreisen unmöglich macht, die Soldaten dazu zu bewegen, auf ihre Angehörigen zu schießen, wie es der Kaiser forderte. Im Grunde genommen zielte seine Abrüstungsstrategie auch auf die Sprengung der stehenden Heere, um diese sowohl für den Aggressionskrieg als auch für den Bürgerkrieg unbrauchbar zu machen. Andererseits wußte er auch: „Eines schönen Morgens werden die deutschen Bourgeois und ihre Regierung müde werden, der alles überströmenden Springfluth des Sozialismus mit verschränkten Armen zuzuschauen; sie werden Zuflucht suchen bei Ungesetzlichkeit, der Gewalttat.“²¹ In dieses Umfeld und nur in diesen Zusammenhang eingeordnet ist auch die Engelssche Aussage zu stellen: „Daher bin ich für den Frieden um jeden Preis, denn nicht wir werden diesen Preis zu zahlen haben.“²²

Anmerkungen

- 1 Siehe Engels an Paul Lafargue, 7. Februar 1888. In: MEW, Bd. 37, S. 21.
- 2 Engels an Julie Bebel, 12. März 1887. In: MEW, Bd. 36, S. 628.
- 3 Engels an August Bebel, 21. Januar 1890. In: MEW, Bd. 37, S. 350/351.
- 4 Siehe August Bebel: Die russische Anleihe. In: Vorwärts, 27. September 1891, S. 1/2.
- 5 Engels an August Bebel, 29. September–1. Oktober 1891. In: MEW, Bd. 38, S. 159 bis 165.
- 6 Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland. In: MEW, Bd. 22, S. 247–260.
- 7 Manfred Weien: Revolutionäre und Opportunisten im Deutschen Reichstag. Ein Beitrag zur Parlaments- und Wahlkampfpolitik der deutschen Sozialdemokratie in der ersten Hälfte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts. Diss. B, Leipzig 1980, S. 127.
- 8 Siehe Friedrich Engels: Kann Europa abrüsten? In: Vorwärts, 1.–5., 7., 9. und 10. März 1893.
- 9 Vorwärts, 24. September 1891, S. 2.
- 10 Siehe Vorwärts, 2. September 1892, S. 1/2.
- 11 August Bebel an Engels, 12. März 1893. In: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, London/Paris 1965, S. 672.
- 12 Manfred Weien, a. a. O., S. 247.
- 13 Siehe Bruno Hübner/Jürgen Lampe/Helmut Otto: Zur Entstehung und Wirkung von Engels' Arbeit „Kann Europa abrüsten?“ In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Heft 6/1983, S. 715.
- 14 Siehe ebenda, S. 716/717.
- 15 Gemeint ist die Rede August Bebels im Deutschen Reichstag vom 4. Mai 1893.

- 16 Gemeint ist die Rede von Wilhelm Liebknecht im Deutschen Reichstag vom 2. März 1895.
- 17 Siehe Karl Kautsky an Engels, 5. März 1895. In: Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky, Wien 1955, S. 421–424.
- 18 Siehe Horst Bartel: Marxismus und Opportunismus in der revolutionären Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts. Theoretische Probleme und Forschungsfragen. In: ZfG, 12/1985, S. 1067–1081.
- 19 Siehe Wolfram Wette: Kriegstheorien deutscher Sozialisten, Stuttgart 1971, S. 44.
- 20 Siehe Friedhelm Boll: Frieden ohne Revolution, Bonn 1980, S. 34.
- 21 Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland. In: MEW, Bd. 22, S. 251.
- 22 Engels an Paul Lafargue, 25./26. Oktober 1886. In: MEW, Bd. 36, S. 564.

Eva Katzer

Zum Problem der Aufnahme von Übersetzungen Engelsscher Werke durch Dritte in die MEGA-Bände

Die Frage der Aufnahme der Übersetzungen Dritter ist sowohl für die MEGA-Bände I/30, I/31 als auch für den Band I/32 von großer Bedeutung. Ich möchte im folgenden einige grundlegende Gedanken zu dieser Problematik vorstellen und diese dann an 3 konkreten Beispielen aus dem Band I/32 erläutern.

Die Editionsrichtlinien für die MEGA-Bände geben zur Frage der Aufnahme der Übersetzungen durch Dritte zwar Hinweise, diese lassen aber Spielraum für individuelle Interpretationen, so daß es, auch im Interesse eines einheitlichen Vorgehens der verschiedenen Bandkollektive, geboten erscheint, gemeinsam präzisere Richtlinien zu erarbeiten.

Auf Seite 6 der Editionsrichtlinien heißt es, daß solche Übersetzungen von Dritten in die MEGA-Bände aufgenommen werden sollen, die von Marx und Engels autorisiert wurden, wobei laut Editionsrichtlinien unter „autorisiert“ zu verstehen ist, daß Marx oder Engels das Manuskript oder die Korrekturabzüge geprüft und die Zustimmung zur Veröffentlichung gegeben haben. Es heißt dann weiter: „Wenn der Einfluß von Marx/Engels auf den Text geringfügig ist, kann an die Stelle der vollständigen Wiedergabe eine ausführliche Beschreibung der Übersetzung, evtl. mit auszugsweisem Abdruck, treten.“

Diese Aussagen aus den Editionsrichtlinien müssen natürlich prinzipiell die Grundlage für die Entscheidungsfindung bilden. Im Einzelfall fällt diese Entscheidung jedoch oftmals schwer. Daher sollen hier zur Problematik der Aufnahme der Übersetzungen Dritter folgende Gedanken zur Diskussion gestellt werden:

1. Man sollte Übersetzungen Dritter nur dann in die MEGA-Bände aufnehmen, wenn aus dem Briefwechsel oder aus anderen Quellen eindeutig nachweisbar ist, daß Engels direkt am Entstehungsprozeß der Übersetzung beteiligt war, wenn diese also zumindest anteilmäßig ein Arbeitsprodukt von ihm selbst ist.

2. Das sollte auch geschehen, wenn Engels' Anteil an der Übersetzung im Detail nicht nachweisbar ist. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, Engels' Arbeit als Übersetzer sehr gründlich zu untersuchen, wobei aber gleichzeitig betont werden muß, daß es in den meisten Fällen, in denen keine genaueren Hinweise vorliegen,